

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

zur Verabschiedung des Haushalts 2009 im Rat haben wir heute wieder die gleiche Prozedur wie in jedem Jahr, dennoch gibt es durch die Entwicklung in den letzten Monaten gravierende Veränderungen.

Die weltweite Finanzkrise hat ihren verheerenden Niederschlag inzwischen auch unmittelbar hier in Hannover gefunden. Selbst die versiertesten Wirtschafts- und Finanzexperten haben sie in diesem Ausmaß nicht erwartet. Ein Ende der Talfahrt ist vorerst nicht in Sicht. Die Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung für das kommende Jahr sind mit einer großen Unsicherheit behaftet und auch Hannover wird in der Konsequenz von der aktuellen bei weitem noch nicht ausgestandenen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise berührt werden.

Der Kämmerer hat verantwortungsbewusst gehandelt - dazu bedurfte es keiner Extra-Aufforderung der CDU. Er hat in Abwägung aller bekannten Risiken mit dem 1. Veränderungsverzeichnis die neue Planung für das Jahr 2009 ausführlich begründet vorgelegt.

Die inzwischen bekannten Ausgabenerhöhungen

- der Regionsumlage um 23,8 Mio. €
- die Mehrausgabe um 2,5 Mio. € bei den Kassenkreditzinsen
- und 7,2 Mio. € bei der Gewerbesteuerumlage

werden noch gesteigert durch die Einnahmeverluste

- - 50 Mio. € bei der Gewerbesteuer
- - 2,3 Mio. € bei der Einkommensteuer und
- - 0,9 Mio. € Schlüsselüberweisung FAG.

Aktuell werden wir demnach mit einem jahresbezogenen Defizit von rund 72,6 Mio. € in das nächste Jahr gehen. Hinzu kommt die Ansage einer noch restriktiveren Bewirtschaftung der Haushaltsansätze/Ausgaben in den Budgets der Dezernate.

Das Ganze ist in keiner Weise - weder für die Politik noch für die Verwaltung – erfreulich! Es war aber so zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltes am 11. September auch noch nicht abzusehen. Von den Entwicklungen der letzten Wochen sind wohl die allermeisten Akteure im Finanzsektor, der Wirtschaft und auf Seiten der öffentlichen Hand kalt erwischt worden.

Wenn auch quasi die See rauer geworden ist – für uns gilt der Grundsatz den ich zitiere:

„Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das was man unterlässt.“ (Laozi 600 v. Chr.)

Verantwortung für die Menschen in dieser Stadt übernimmt nicht nur die Verwaltungsspitze (OB, Kämmerer), sondern in besonderem Maße die SPD und die Grünen hier im Rat.

Wir haben mit unseren Anträgen ganz bewusst Schwerpunkte gesetzt. Gerade wegen der Unwägbarkeiten bei der Gewerbesteuer 2009 im Zuge einer nachlassenden Wirtschaftsentwicklung und der Erhöhung der Hebesätze zur Regionumlage halten wir zusammen mit unserem Koalitionspartner für den Haushalt 2009 einen maßvollen Finanzrahmen ein.

Die CDU dagegen lässt jegliche Verantwortung vermissen. Sie hat sich in den Beratungen der Fachausschüsse mit nicht wirklich nachvollziehbaren Argumenten in weiten Teilen der Diskussion und der Abstimmung entzogen durch Nichtbeteiligung. Die CDU-Fraktion wird vermutlich - wie eigentlich in jedem Jahr - dem Haushalt nicht zustimmen und glaubt sich damit auf der sicheren Seite.

Das trifft nicht zu, denn nichts zur Weiterentwicklung dieser Stadt und ihrer Menschen zu tun ist schlichtweg unverantwortlich!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

für unverantwortlich halten wir es auch, angesichts der aktuellen Entwicklungen in blinden Aktionismus zu verfallen und wie die CDU einen über das Knie gebrochenen Sparhaushalt zu fordern, wenngleich klar ist, dass wir uns bereits in einem kontinuierlichen Konsolidierungsprozess befinden.

In den vergangenen Jahren der guten Konjunktur haben wir hier in Hannover stets unser Investitionsvolumen überschaubar gehalten und Schulden durch eine erfolgreiche Konsolidierung - über eine halbe Milliarde - strukturell abgebaut.

Durch die erfolgreiche Umsetzung des bis 2009 laufenden HSK VI (30 Mio. €) richten wir jetzt den Blick auf die Prüfvorschläge **HSK VII** der Verwaltung. Wir werden alle strukturellen Maßnahmen mit Bedacht prüfen und erst dann - hier im Rat - darüber entscheiden.

Die Beschlüsse zur Konsolidierung, die wir gefasst haben und fassen werden, sind verantwortliches Handeln. Wir werden in einem angemessenen Rahmen politische Schwerpunktsetzungen vornehmen und zukunftsorientiert in der Landeshauptstadt Politik gestalten. Starr vor Schreck den Kopf in den Sand zu stecken oder durch Einstellen jeglicher Aktivitäten zu glänzen hat noch niemandem geholfen.

Die SPD-Ratsfraktion steht für Kontinuität und Verlässlichkeit in ihrer Politik und das gemeinsam mit unserem grünen Koalitionspartner!

Gerade in unsicheren Zeiten muss die öffentliche Hand auch als aktivierender Partner der Wirtschaft auftreten. Dies zeigen die internationalen Diskussionen und die Planungen auf der Bundesebene ein Konjunkturprogramm auf den Weg zu bringen. Erschreckend ist eher, wie in den vergangenen Jahren die Notwendigkeit negiert wurde, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie die notwendigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur auch tätigen können. Der jährliche Gemeindefinanzbericht zeigt, wie diese Aufgabenwahrnehmung und die Rolle als Nachfrager besonders für kleine und mittelständische Betriebe weg gebrochen ist.

Wir halten daher, trotz sinkender Steuereinnahmen aufgrund der Konjunktur- und Finanzkrise weiter an unserem Ziel fest, die hannoverschen Schulen mittelfristig zu sanieren. Und wir würden natürlich ein Sonderprogramm der Bundesregierung zur Förderung von kommunalen Investitionen und insbesondere Schulsanierung begrüßen, weil es uns diesem Ziel näher bringt.

Anlässlich der Verabschiedung des Programms der Bundesregierung zur Stabilisierung von Konjunktur und Beschäftigung am 5. Dezember im Bundesrat hatte die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), Dr. Eva-Maria Stange, genau dieses gefordert. Es ist richtig, dass Bundestag und Bundesrat den Weg frei gemacht haben für ein Programm, das die deutsche Konjunktur stabilisiert und Arbeitsplätze sichert. Deshalb muss zumindest ein Teil der zusätzlichen Investitionsmittel vor Ort in die Sanierung von Schulen, Kitas (oder Hochschulen) fließen. So wird Konjunkturpolitik verbunden mit dringend notwendigen Bildungsinvestitionen.

„Eine unendliche Geschichte“ – titulierte die HAZ am 4. Dezember ihren Artikel zum Thema Schulsanierung. Die Auflistung der bisher aufgewendeten Millionen-Summen (16,6 Mio. € 2008 und für 2009 = 31,1 Mio. € + PPP) zeigt, wie schwierig und nur langfristig dieses Thema tatsächlich zu bewältigen ist.

In städtischer Verantwortung sind über 110 Schulen, die auf den neuesten Stand der energetischen (Heizungen, Fenster, Gebäudehülle) und schultechnischen (Mensa; Lärmreduzierung) Anforderungen gebracht werden sollen. Das geht allein schon von den formalen (Ausschreibungen) und logistischen (Auslagerungen) Herausforderungen leider nicht immer so zügig, wie sich das alle Betroffenen an dieser Stelle wünschen.

Wir appellieren insbesondere an die Kommunalaufsicht nicht auf der Bremse zu stehen, sondern die für 2009 und Folgejahre geplanten Investitionen für Schulsanierung als Zukunftsinvestitionen anzuerkennen und zu genehmigen!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beschlüsse der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2009 gilt wie schon in den Vorjahren der Grundsatz, gezielt mittel- und langfristige Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen umzusetzen und dafür auch die notwendigen Investitionen voran zu bringen. Grundsätzlich setzen wir dabei zum einen auf Weiterentwicklung schon bewährter Schwerpunkte, aber auch auf neue Impulse.

Für uns bedeuten diese Schwerpunktmaßnahmen ganz klar die Fortsetzung unserer sozialen, ökologischen und integrativen Politik in dieser Stadt.

In diesem Jahr haben wir unsere Schwerpunkte auf die Bereiche **Jugend, Bildung und Soziales konzentriert** und insbesondere Anträge eingebracht zu

- Ausbau der Schulkinderbetreuung
- Hannover-Aktiv-Pass – für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Kultur, Bildung und Sport
- Bildung und Kultur

Mit zusätzlichen Mitteln für die **Schulkinderbetreuung** und den **Hannover-Aktiv-Pass** wollen wir die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und Chancen durch Bildung insbesondere für Kinder verbessern.

Im Weiteren besetzen wir

- Projekte nachhaltiger Stadtentwicklung
- die Fortsetzung der Lokalen Integration
- die Themen Klimaschutz und Energiesparen

und führen bereits im letzten Jahr beschlossene Projekte fort.

Unsere rot-grünen Anträge (96 insgesamt) machen im Volumen

- Mehrausgaben im VwHH von rund 2,1 Mio. € aus
- durch beantragte Einsparungen bzw. Mehreinnahmen werden ca. 0,9 Mio. € ausgeglichen
- Im VmHH kommt es zu keinen Mehrausgaben, vielmehr zu Einsparungen von 0,3 Mio. €

Darüber hinaus gibt es Wiedereinsetzungen von Mitteln für Projekte, über die zum Haushalt 2008 bereits Ratsbeschlüsse gefasst wurden, die die Verwaltung für 2009 allerdings nicht vorgesehen hatte:

- Wiedereinsetzung VwHH 680 T€, VmHH rund 1,6 Mio. €

In den von mir genannten Schwerpunkten setzen wir wichtige sozialpolitische Akzente, ohne dabei unsere finanzielle Verantwortung für diese Stadt aus den Augen zu lassen. Wir verändern den Verwaltungsentwurf gerade mal im Promillebereich! Auf die Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre hatte ich hingewiesen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

warum sind Bildung und damit auch qualifizierte Schulkinderbetreuung so wichtig und verlangen kontinuierliche Verbesserungen? Warum dürfen wir uns auch gerade in Zeiten einer Finanz- und Wirtschaftskrise nicht von unseren Zielen in diesem Bereich abbringen lassen?

(Mal ganz abgesehen von der Herangehensweise allen Kindern unabhängig von der sozialen Herkunft die bestmöglichen Entwicklungschancen zu geben und damit die Basis für ein eigenständiges selbst bestimmtes Leben als Erwachsene).

Ökonomische Studien belegen, dass eine Bildungsreform, die uns aus dem Pisa-Mittelfeld nahe an die Spitzenreiter heranbrächte, langfristig den Wachstumspfad unserer Volkswirtschaft jedes Jahr um einen guten halben Prozentpunkt erhöhen würde.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse belegen noch ein Weiteres: Für Bildung ausgegebene Euros allein führen noch nicht zu mehr Wachstum. Nur auf die tatsächlich erworbenen Kompetenzen kommt es an. Um zu beurteilen, ob ein Gipfelstürmer erfolgreich war oder nicht, schauen wir ja auch nicht darauf, ob seine Ausrüstung möglichst teuer war. Das einzig relevante Maß ist, ob der Bergsteiger den Gipfel erreicht hat oder nicht.

Und wenn ich hier über Bildungspolitik spreche, dann spreche ich nicht nur über Schulpolitik, sondern natürlich auch über die Betreuungssituation von Schulkindern. Es ist wichtig, dass für Kinder nach der Schule die Möglichkeit besteht qualitativ hochwertig betreut zu werden.

Langfristig kann dies nur eine Ganztagschule mit einem hochwertigen Konzept leisten.

Wenn ich von einem *hochwertigen* Konzept rede, dann meine ich nicht die Ganztagschule die uns die niedersächsische Landesregierung hier präsentiert.

Ex-Kultusminister Busemann rühmt sich, seit 2002 die Zahl der Ganztagschulen in Niedersachsen mehr als verdoppelt zu haben. Dabei hat er kaum einen Cent dazu bezahlt. Die Baumaßnahmen hat der Bund finanziert. Mittel des Landes sind so gut wie gar nicht geflossen.

Entscheidend ist: Die meisten Schulen müssen ohne ein zusätzliches pädagogisches Budget arbeiten. Den älteren Ganztagschulen hat die CDU/FDP-Regierung vor vier Jahren die Zusatzstunden radikal zusammengestrichen.

Aber Ganztagschulen sind nach unserem pädagogischen Verständnis eben keine verlängerten Halbtagschulen mit Suppenausgabe und einem Tischtenniskurs am Nachmittag!

Ganztagsschulen verlangen neben einer angemessenen Raumausstattung ein pädagogisches Konzept und qualifiziertes Personal. Der Schultag der Ganztagsschulen sollte sich in Unterricht, Arbeits- und Übungsstunden, Aktivitäten im Freizeitbereich, Mittagessen und Ruhezeiten gliedern. Der Schultag muss angemessen rhythmisiert werden. Lehrkräfte, zusätzliches pädagogisches Personal, außerschulische Anbieter und Eltern arbeiten gemeinsam für eine neue Lehr- und Lernkultur.

Es werden zurzeit Konzepte für eine qualitativ hochwertige Ganztagsschule erarbeitet. **Bis dahin benötigen wir aber andere Möglichkeiten und ich bin froh, dass die Variante Hort eine ebenso gute Qualität bietet, wie es in Zukunft die Ganztagsschulen tun sollen.**

Die jüngste Schülerdemonstration vor dem niedersächsischen Landtag hat unabhängig von ihren nicht zu tolerierenden Gewaltausschreitungen eines gezeigt:

Kultusministerin Heister-Neumann sollte die Bildungsdiskussion aufgreifen und nicht in die ferne Zukunft verschieben.

Das trifft auch für die unerträgliche Schein-Diskussion zur Einrichtung von weiteren Integrierten Gesamtschulen zu. Auf Seiten der Landesregierung Kreide zu fressen und frei weg zu behaupten, dass bei entsprechendem Elternwillen selbstverständlich eine IGS eingerichtet werden kann – und dann jede Menge Hürden aufzubauen (wie z.B. Elternbefragung, 5-Zügigkeit), die von den Antrag stellenden Kommunen langwierig genommen werden müssen. Das ist reine Verzögerungstaktik!

Aber die CDU hier im Rat setzt sogar noch eins drauf und begründet ihre Ablehnung der IGS Stöcken nun auch noch mit einer *fehlenden* Sekundarstufe II.

Wir warten nicht ab, wir zögern nicht, wir handeln!

400.000 € setzen wir als ersten Schritt im nächsten Jahr für 200 weitere Hortplätze im Rahmen eines Handlungsprogramms Schulkinderbetreuung ein. Im Folgejahr 2010 ff wird dafür dann jeweils **1 Mio. €** bereitgestellt. Davon ist jeder Cent richtig investiert! Unser Ziel ist es, die dringend benötigten Betreuungsplätze, Zug um Zug zu schaffen und das bildungspolitische Konzept Schule im Stadtteil - offene Ganztagsschule fort zu entwickeln.

Für den **Ausbau der Schulkinderbetreuung** durch ‚Schulergänzende Betreuungsmaßnahmen‘ in der Altersgruppe 6 – 9 Jahre bzw. an Grundschulen setzen wir **100.000 €** ein (im Haushalt stehen dann insgesamt 343.000 €). Damit können zusätzlich rund 100 Plätze für die ergänzende Schulkinderbetreuung geschaffen werden. Das wird vielfach geringschätzig als ‚Hort light‘ betrachtet, schafft aber in der jetzigen Mangelsituation fehlender Ganztagsschulen wenigstens dort ein Angebot, wo die Nachfrage sonst nicht erfüllt werden könnte.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

der Mensch lebt nicht vom Brot allein, der Kern dieser alten Botschaft erfährt durch unseren rot-grünen Beschluss zur Einführung von einem **Hannover-Aktiv-Pass** eine erweiterte Bedeutung. **500.000 €** pro Jahr setzen wir hierfür neu in den Haushalt ein. Bis Ende März 2009 soll das konkrete Konzept stehen und ab August 2009 umgesetzt werden. Unser erklärtes Ziel ist dabei, die Teilhabe insbesondere von Kindern und Jugendlichen an Kultur, Bildung und Sport zu fördern.

- Mit dem Hannover-Aktiv-Pass wird künftig den Kindern und Erwachsenen, die mit den sehr begrenzten finanziellen Mitteln aus Transferleistungen nach SGB II und XII auskommen müssen, die Teilnahme an Aktivitäten im gesellschaftlichen Leben erleichtert. Mit dem Pass soll auf die kommunalen und kommunal geförderten Angebote besonders hingewiesen werden.
- Neben den städtischen Angeboten sollen zusätzliche Angebote z.B. freie Theater, Kultureinrichtungen, Bildungseinrichtungen, Sportvereine und viele andere Anbieter/innen aus den Bereichen Kultur, Bildung und Sport gewonnen werden. Als Beispiel kann dabei die „Hausmarke“ für Student/innen gelten.
- **Insbesondere Kinder werden konkret finanziell unterstützt.**

In der eingesetzten Summe sind auch **100.000 €** für bedürftige Schülerinnen und Schüler für Lehrmittel und Verbrauchsmaterial enthalten. Unterstützt werden sollen Kinder, die Leistungen nach SGB II und SGB XII beziehen und notwendige Ausgaben für Schulmaterialien nicht über die im Regelsatz enthaltenen Anteile abdecken können.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich exemplarisch noch einige weitere Beispiele zum Thema Bildung und Kultur ausführen:

- Wir haben wie schon im vergangenen Jahr von uns beschlossen die **180.000 €** zur Attraktivitätssteigerung der Stadtbibliotheken erneut eingesetzt, um insbesondere Kinder und Jugendliche stärker an das Lesen heranzuführen.

Die Stadtbibliothek Hannover hat sich in den vergangenen Jahren immer stärker als Bildungspartner profiliert. Entsprechend gewachsen ist die Nachfrage der Kindertagesstätten und Schulen nach Büchern und anderen Medien zur Lernunterstützung, Vertiefung des Unterrichtsstoffes oder Medien in anderen Sprachen. Wir halten deshalb die Wiedereinsetzung der Mittel für sinnvoll und erforderlich.

- Mit den von uns eingesetzten zusätzlichen 20.000 € soll die Ausweitung des Lesementorings für zwei weitere Stadtteile finanziert werden. Lesementoring heißt, Schüler/innen helfen Jüngeren dabei, lesen zu üben. Sie lesen Bücher vor und motivieren, selbst zu lesen. Des Weiteren machen die Mentor/innen Lese- und Bewegungsspiele mit den Kindern und gehen mit ihnen in die Bibliothek. Das Lesementoring findet einmal wöchentlich 1,5 Std. statt. Das Projekt dauert immer ein halbes Jahr.
- Für Sommerschulen an Integrierten Gesamtschulen als Förderprojekt werden 60.000 € zur Verfügung gestellt. Die Sommerschule soll Kindern die Möglichkeit bieten, in den Ferien an diesem Förderprojekt teilzunehmen. Dabei stehen neben dem Förderbedarf auch die Aspekte des sozialen und kommunikativen Miteinanders im Mittelpunkt.

Nachdem an der IGS Linden in diesem Jahr erfolgreich das erste Mal eine Sommerschule durchgeführt wurde, soll die Sommerschule nun auch an den Integrierten Gesamtschulen Mühlenberg, Vahrenheide und List stattfinden. Aufgrund ihrer inhomogenen Schülerschaft und ihrer großen Schülerzahl verfügen die Gesamtschulen über die besten Voraussetzungen, um die Sommerschule sinnvoll umsetzen zu können.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Sommer dieses Jahres wurde der Lokale Integrationsplan (LIP) verabschiedet. Wir werden 2009 unsere Integrationsmaßnahmen mit Vorrang umsetzen, damit der LIP jetzt auch mit Leben erfüllt wird.

- Das bedeutet für die Umsetzung des Lokalen Integrationsplans werden weiter 200.000 €, für die Förderung von Integrationsbeiräten in den Stadtteilen 150.000 € und für den Gesellschaftsfonds Zusammenleben 150.000 € eingesetzt. Hinzu kommt der von uns beschlossene Interventionsfonds mit 53.000 € sowie Interkulturelle Arbeit, Projektförderung und Zuwandererberatung.
- Die rot-grün eingesetzten Mittel aus 2008 sollen in den HH 2009 übertragen werden, damit stehen dann insgesamt **685.000 €** für Integrationsprojekte zur Verfügung.
- Wir werden die Mitbestimmung der Menschen mit Migrationshintergrund stärken, wir werden uns gemeinsam an die Arbeit machen, um die Identifikation mit der Stadt, mit den Stadtteilen und den Wohnquartieren in denen wir leben zu stärken. Wir fördern die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements!
- Wir wissen, dass wir in den Handlungsfeldern Bildung, Demokratie und Teilhabe, Wirtschaft, Stadtleben, Stadtverwaltung und Soziales für die Chancen einer gelungenen Integration eintreten müssen und das wollen wir auch.

- Wir stehen dazu, auf der lokalen Ebene unseren Beitrag zu einer gerechteren Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen zu leisten. Daher freuen wir uns, dass Oberbürgermeister Stephan Weil das Thema zur Chefsache gemacht hat!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

gerade hat der aktuelle Sozialbericht der Region ergeben, dass die Region Hannover gegen den Trend noch Einwohner hinzugewonnen hat und Hannover Spitzenreiter bei der Geburtenquote (2,7 %) ist.

- Mit unserem Schwerpunkt Familien zu stärken und zu unterstützen sehen wir uns auf dem richtigen Weg. Für ein neues Modell einer aufsuchenden Elternarbeit incl. Begrüßungspaket haben wir deshalb 60.000 € eingesetzt.
- Wir wollen auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dazu zählt für uns, dass für die Kinder in allen Altersstufen Betreuungsangebote (200 zusätzliche Hortplätze zum 01.08.2009 plus 100 Schülergänzende Betreuungsmaßnahmen) vorgehalten werden sollen.
- Aber auch die Erhöhung der Mittel für die IG Tagesmütter um 21.000 € zählt zu dieser Verbesserung. Über die Herstellung von Chancengleichheit durch Bildungsangebote habe ich schon gesprochen.
- Für uns ist auch entscheidend, Anstöße für eine familiengerechtere Arbeitswelt zu geben. Wir haben deshalb die Verwaltung aufgefordert, ein Konzept für eine Kampagne „familiengerechte Arbeitswelt“ zu entwickeln und bis Mitte 2009 vorzulegen. Hierbei soll eine Kooperation mit den Gewerkschaften, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer etc. stattfinden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Veränderungen in der Stadtmitte sind allenthalben zu erkennen und ein Ende ist nicht in Sicht. Nicht zuletzt im Zuge der Entwicklung der Ernst-August-Galerie richten langansässige Unternehmen ihren alteingesessenen Standort neu aus – um nur ein paar zu nennen Linden-Park, Madsack-Mendini-Bau, Heutelbeck, Görtz, Erdmann, Hochhaus-Kino, Center am Kröpcke, etc.

Aber gerade auch die städtischen Investitionen werden das Stadtbild nachhaltig prägen, Stichworte sind

- Platz der Weltausstellung
- Umgestaltung Opernplatz
- Vollendung des Passerellen- / Raschplatzumbaus.

Ansprechen möchte ich auch den gerade ins Visier der Öffentlichkeit geratenen Landtagsneubau und den mehr als erfolgreichen *von SPD und Grünen angesetzten Diskurs City 2020*. Das alles zeigt doch eindrucksvoll – Stillstand bei der Stadtentwicklungsplanung darf es aus unserer Sicht auch in konjunkturschwachen Zeiten nicht geben.

Die Instrumente der Kommunen zur Bekämpfung einer Rezession sind sicherlich beschränkt. Eine Möglichkeit, den Markt anzukurbeln, ist, für Aufträge zu sorgen! Am besten für das heimische Handwerk und den lokalen Handel.

Wir setzen daher nun schon zum dritten Mal wesentlich mehr Geld als die Verwaltung geplant hatte in die Unterhaltung unseres Straßennetzes. Es kann nie genug sein, aber eine halbe Million Euro ist sicher mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Gleichzeitig dient das Geld dem Thema Verkehrssicherheit.

100.000 € stellt Rot-Grün für Stadtplanungsprojekte, u. a. für die Innenstadtentwicklung durch den Prozess Hannover City 2020 bereit. Wer will nach der vierten Veranstaltung in der vergangenen Woche im Sprengelmuseum noch bestreiten, dass die Diskussion über die Innenstadtentwicklung Hannovers nicht ein großer Erfolg ist. Viermal ein volles Auditorium und Foyer im Sprengelmuseum, viermal ein engagiertes Publikum, viermal hervorragende Referenten – das Thema kommt zur rechten Zeit! Für das nächste Jahr sind 3 weitere Veranstaltungen geplant. Das Ganze wird 2010 in den Planerwettbewerb übergehen. An eine spätere Umsetzung ist bis 2020 gedacht.

Doch während wir uns im Rathaus mühen, die Planungsprozesse offen und transparent zu gestalten, Fachleute und Bürgerinnen und Bürger anhören vollzieht sich auf der anderen Straßenseite eine Stadt prägende Entscheidung praktisch im stillen Kämmerlein. Anstatt auf die Baukultur dieser Stadt Rücksicht zu nehmen entscheiden sich die Verantwortlichen im Landtag ohne viel Federlesen für die Abrissbirne.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

Hannover hat mit seinem ambitionierten Klimaschutzprogramm (als oberstes Ziel vorgegeben, bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 % zu senken) und der inzwischen etablierten Umweltzone eine Vorbildfunktion, das müssen sogar die Kritiker inzwischen einräumen.

Diskussionen um die Energie haben inzwischen jedoch nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Komponente:

- Wir haben aufgrund der ansteigenden Energiekosten, die einzelne Haushalte und Familien stark belasten zusätzlich **75.000 €** für die Fortsetzung und Ausweitung des Projektes Energiesparberatung in einkommensschwachen Haushalten eingesetzt.

- Außerdem erhöhen wir bei der Verbraucherberatung die Zuwendung wegen des energetischen Beratungsaufkommens.
- In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung außerdem auch gemeinsam mit den Stadtwerken Hannover ein Konzept zur Förderung bei der Anschaffung von hoch energieeffizienten Geräten erstellen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

soweit meine Ausführungen zu einigen Punkten unserer Haushaltsanträge.

Nachrichten aus aller Welt überschlagen sich, um die tagesaktuellen Entwicklungen auf dem Finanzmarkt und Wirtschaftssektor zu erfassen. Mit dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung für ‚Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung‘ ist sicher ein erster Schritt der Gegensteuerung getan, ein zweiter muss aber folgen, um die Konjunktur real zu beleben.

2009 stehen im Rahmen der Städtebauförderung 569 Mio. € an Bundesmitteln zur Verfügung. Sie sollen von den Ländern und Kommunen in etwa gleicher Höhe ergänzt werden. Eine weitere Förderung von 300 Mio. € (zusammen mit Land und Gemeinden = 900 Mio. €) ist u. a. über den Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden zur energetischen Modernisierung von Schulen, Kitas, Sportstätten und sonstiger sozialer Infrastruktur möglich.

Bundesminister Wolfgang Tiefensee informierte (am 03.12.) die Koalition darüber, dass Kommunen in besonders schwieriger Haushaltslage gefördert werden können, die bisher wegen der *Beschränkungen der Kommunalaufsicht* notwendige Investitionen nicht durchführen konnten oder wenn sie bereits Fördergebiete der Städtebauförderung haben. Wir hören das gerne!

Als SPD-Ratsfraktion beweisen wir mit den Änderungen für das Haushaltsjahr 2009 unser klares, inhaltliches und finanzpolitisches Profil - einerseits die Konsolidierung kontinuierlich fortzusetzen, andererseits Verantwortung für notwendige Maßnahmen zu übernehmen und damit ein verlässlicher Partner für die Stadtgesellschaft zu sein.

Wenn auch die Finanz- und Wirtschaftsweisen noch im Nebel der Prognosen tasten, werden wir auch bei stürmischerem Wetter im nächsten Jahr das Steuer fest in der Hand halten und die Politik für die Menschen in Hannover gestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!